Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Wochenblatt. 1829-1920
1920

74 (1.4.1920)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegr. 1829)

mit den Amtl. Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Durlach

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich vierteljährl. 6 M, monatl. 2 M, Einzelnummer u. Belegblatt 10 ₰.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstraße 6 Fernsprecher 204.

Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 80 ₰, Reklamezeile 1.50 M dazu 20 % Teuerungszuschlag. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachmittags 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vormittags.

Kleine Anzeigen sind sofort zu bezahlen. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden.

Nr. 74. Donnerstag, den 1. April 1920. 91. Jahrgang.

An unsere Leser!

Mit der heutigen Nummer erscheint unser bisheriges „Durlacher Wochenblatt" — den heutigen Zeitverhältnissen Rechnung tragend — in bedeutend vergrößertem Formate und unter dem Titel

„Durlacher Tageblatt".

Nur ungern haben wir uns entschlossen, den Titel des seit 1. Juli 1829 von dem Großvater des heutigen Besitzers gegründeten „Durlacher Wochenblattes" umzuändern und werden deshalb den bisherigen Titel als Nebentitel beibehalten.

Die Vergrößerung war geboten durch das pulsierende Wirtschaftsleben und den wirtschaftlichen Aufschwung, den unsere liebe Vaterstadt in dem letzten Jahrzehnt genommen, sowie durch die politisch bewegte Zeit, die mit ihren wechselvollen, ereignisreichen Begebenheiten einen größeren Spaltenraum erforderlich macht.

Getreu werden wir auch in der Zukunft der wesentlichsten Aufgabe unserer deutschen Presse gerecht werden: wir wollen und werden unseren Teil beitragen zur Gesundung unseres deutschen Volkes, zur Klärung und Hebung der öffentlichen Meinung.

Es wird zukünftig unser Bestreben sein, dem redaktionellen und feuilletonistischen Teil mehr Raum zu gestatten, wie wir es bisher ermöglichen konnten, und hoffen damit unseren verehrlichen Lesern einen still gehegten Wunsch zu erfüllen.

Gleichzeitig mit der Formatvergrößerung haben wir uns entschlossen, die Ausgabe unseres Blattes auf die ersten Nachmittagsstunden zu verlegen. Infolgedessen sehen wir uns veranlaßt, Redaktionsschluß für Bekanntmachungen, Artikel und Anzeigen auf 4 Uhr nachmittags am Vortage des Erscheinens festzusetzen. Wir bitten die wohllöblichen Behörden und unsere verehrlichen Inserenten, diese Zeit im Interesse einer geschäftsordnungsmäßigen Erledigung der Aufträge gütigst einhalten zu wollen.

Indem wir für das uns in so reichem Maße bisher entgegengebrachte Vertrauen bestens danken, bitten wir um ferneres Wohlwollen.

Aufrichtigen Dank sagen wir auch unseren werten Mitarbeitern, um deren weitere geschätzte Mithilfe wir bitten.

Der Verlag.

Tagesschau.

Die Londoner Botschafterkonferenz beschloß, daß die Bevölkerung der Gebiete, in denen Abstimmungen stattfinden, von den bevorstehenden Wahlen zum deutschen Reichstag undv on der Wahl des Reichspräsidenten ausgeschlossen sein sollen.

Ein der Nationalversammlung vorgelegter Gesetzentwurf sieht die Verlängerung der Gültigkeit der Gesetze über die vorläufige Reichswehr und die vorläufige Reichsmarine vor, die mit dem 31. März 1920 außer Kraft treten würde.

In Krefeld, Neuß und Kaiserswerth wurde von den Arbeiterverbänden der Anschluß an die Räteregierung ausgerufen. Starke englische Truppenabteilungen haben diese Städte besetzt.

Die Duisburger Banken berichten, daß das Exekutivkomitee der Kommunisten in Duisburg sämtliche Banken beschlagnahmt habe. In einem Teile des Kreises Lüdinghausen haben die roten Truppen geplündert und die Landwirte gebrandschatzt.. Aehnliche Meldungen kommen auch aus dem Kreise Recklinghausen.

In den Frankfurter Großbanken wurde die passive Resistenz proklamiert.

Eine gestern abend tagende Versammlung der Frankfurter Betriebsräte beschloß, sofort in den Generalstreik einzutreten, falls Reichswehrtruppen das rheinisch-westfälische Industriegebiet betreten sollten.

Nach der „Voss. Ztg." ist der Generalstreik im Ruhrgebiet nur an einzelnen Orten, in Bochum und Elberfeld, ausgebrochen. In Hagen wurde er wieder abgesagt. In Düsseldorf haben 205 Mann der Roten Garde, die das Rathaus und Ständehaus besetzten und den Vollzugsrat vertrieben, eine kurze Herrschaft ausgeübt. Die Eisenbahner und christlich organisierten Arbeiter im Aufstandsgebiet traten gegen den roten Terror in den Generalstreik. Gegegebenenfalls sollen Waffentransporte zum Wehrkreiskommando Münster befördert werden.

Das „B. T." meldet aus dem Haag, daß nach dem „Allgem. Handelsblad" am Montag belgische Offiziere und Beamte dem Spartakistenführer Wildt in Duisburg. ein Ultimatum auf sofortige Räumung von Duisburg und Wahrung einer neutralen Zone von 10 Kilometer südlich des Rheins überreicht hat.

Wie mitgeteilt wird, hat der beabsichtigte Transport der Marinebrigade Ehrhardt nach dem Lockstedter Lager eine Verzögerung erfahren, da die Beamten und Arbeiter der Eisenbahndirektion Altona die Weiterführung der Eisentransporte aus dem Direktionsbezirke verweigert haben. Nur der erste Transport ist in das Lockstedter Lager gegangen, die übrigen mußten in das Döberitzer Lager zurückgeleitet werden.

Die Direktoren der Hamburg-Amerika-Linie Cuno und Huldermann sind nach Neuyork abgereist, um mit amerikanischen Schiffahrtsinteressenten den Wiederaufbau der Hamburg-Amerika-Linie vorzubreiten.

Die ägyptische Nationalversammlung hat einmütig die Unabhängigkeit Aegyptens und des Sudans erklärt. Die angekündigte Form des englischen politischen Protektorats wurde zurückgewiesen.

Eine Reihe von heftigen Wirbelwinden hat Nordost-Illionis und Teile von Ohio, Michigan, Indiana, Missouri, Wisconsin, Georgia und Alabama heimgesucht. Zahlreiche Personen wurden getötet. Hunderte von Häusern sind weggefegt worden.

Die Lage im Reich.

Die zweite schleswigsche Zone für Deutschland.

Kopenhagen, 31. März. Nach „Politiken" beschloß die internatiaonale Kommission in Flensburg, daß die zweite Zone samt Flensburg Deutschland zufällt. Nach dem Abstimmungsergebnis war ein anderer Beschluß auch nicht zu erwarten. Die dänischen Nationalisten hatten trotzdem gehofft, wenigstens Flensburger für Dänemark retten zu können. Dänische Truppen und Kriegsschiffe besetzen die erste Zone.

Die Entscheidung der internationalen Kommission konnte nicht anders lauten, wenn nicht entgegen allen Versicherungen und im Widerspruch zum Friedensvertrag der Volksabstimmung Gewalt angetan werden sollte. Aber der Volksabstimmung und der natürlichen Bevölkerungsgliederung wird in vollem Umfange erst dann Rechnung getragen, wenn auch bei der Abgrenzung der ersten Zone auf sie Rücksicht genommen, d. h. die Grenze so gezogen wird, daß die Grenzgebiete mit überwiegend deutscher Bevölkerung und deutschen wirtschaftlichen Interessen bei Deutschland bleiben. Das ist nur möglich bei Zugrundelegung der Tiedje-Linie, also etwa 5—15 Kilometer nördlich der jetzigen Grenzlinie, wodurch Tondern und die anderen vorwiegend deutschen Distrikte ihren nationalen Zusammenhang behalten.

Das deutsch-französische Abkommen über den Kehler Hafen.

W.T.B. Berlin, 30. März. Das der Nationalversammlung unterbreitete deutsch-französische Abkommen über den Kehler Hafen bestimmt die Befugnisse des Direktors dens Straßburg-Kehler-Hafenbetriebs, der unter Aufsicht der Rheinschiffahrts-Zentralkommission steht. Er übt die Schiffahrt- und Hafenpolizei aus und entscheidet über die Einführung von Hafenabgaben. Zwecks Ansiedelung französischer Unternehmer nimmt die Betriebsleitung der Häfen Straßburgs und Kehls eine Reihe von industriellen Niederlassungen in der Nähe des Hafens gegen angemessene jährliche Entschädigung für Tilgung des Anlagekapitals und entgangene Gewinne zeitweilig in Besitz. Die französische Regierung gewährleistet die Unterhaltung dieser Anlagen und Baulichkeiten. Die Kosten der Hafenverwaltung werden zwischen der deutschen und der französischen Regierung nach bestimmten Gesichtspunkten geteilt. Im Hafen von Kehl ist eine französische Zollniederlage unter amtlichem Zollverschlusse eingerichtet. Die beiden Zollverwaltungen erkennen ihre Zollverschlüsse gegenseitig an. Strittige Fälle kommen auf Anfrage eines der beiden Parteien vor ein gemischtes Schiedsgericht. Dieses Abkommen tritt nach der Ratifikation in Kraft.

Innere und äußere Gefahrn.

Wenn Deutschland zur Räterepublik wird.

Berlin, 31. März. Das Dortmunder Zentrumsblatt „Tremonia" bespricht in einem längeren Leitartikel die Gefahren, die Deutschland drohen, wenn es zur Räterepublik wird. Das Blatt schreibt u. a.:

„Kehrt die Besonnenheit und mit ihr die Ruhe nicht bald ein, so stehen wir, wenn nicht vor einer neuen Hungerblockade, die ungleich schärfer sein wird als die, welche wir im Kriege haben erleiden müssen, sicher vor einer feindlichen Besetzung. Was die für die Arbeiterschaft bedeuten würde, davon weiß man aus dem Saarrevier zu erzählen. Was die Arbeiterschaft errungen hat, würde mit einem Schlage vernichtet. Die Berliner Reaktion ist ausgefegt; eine Räterepublik im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier würde das übrige Deutschland vernichten, für dieses selbst gräßliche Hungersnot oder Fron im Dienste fremder Gewaltherrscher bedeuten. Militaristische Gefahr droht im Augenblick nicht aus dem Osten, sondern von jenseits des Rheins. Der Kampf geht heute nicht mehr gegen Reaktionäre und Monarchisten, sondern heute geht es um Leben und Dasein oder um Verzweiflung und Untergang!"

Die Kämpfe im Ruhrgebiet.

Die militärischen Vorbereitungen im Ruhrgebiet.

K.T. Berlin, 30. März. Wie wir an unterrichteter Stelle hören, dauerten am späten Nachmittag die Beratungen des Kabinetts mit General v. Seeckt fort. Die militärischen Vorbereitungen im Ruhrgebiet gehen weiter. Nach Ablauf des Ultimatums um 12 Uhr mittags wurden einzelne Truppenverbände schrittweise vorgeschoben, doch ist allen Verbänden die größte Mäßigung anbefohlen worden. Man hofft noch immer, durch die Gewißheit, daß die Regierung ernst macht, einen genügenden Druck ausüben zu können. Der Vormarsch im Ruhrgebiet soll in der Weise vor sich gehen, daß das eigentliche Industriegebiet davon zunächst nicht berührt wird. Es verbleibt den roten Truppen im Rheinlande und Westfalen also Zeit, die in dem Ultimatum der Regierung gestellten Bedingungen zu erfüllen. Die Frist der Ablieferung der Waffen und der Auslieferung der Gefangenen ist jetzt von General Watter um 24 Stunden verlängert worden.

An der nördlichen Front, wo die stärkste Berührung mit den roten Truppen stattfindet, sind noch keine Kampfhandlungen vorgekommen. Der Vormarsch der Reichswehrtruppen von Osten dürfte sich heute nur auf eine kleine Etappe beschränken. Ob heute noch in Berlin in der Kabinettssitzung Beschlüsse gefaßt werden, die den Vormarsch der Reichswehr zum Stillstand bringen, läßt sich noch nicht sagen.

Gefangennahme der Kampfleitung der Roten Armee.

T.U. Bochum, 31. März. Wie das unabhängige Blatt in Buer mitteilt, ist in Dorsten die Kampfleitung der Roten Armee von den extremer Gesinnten gefangen genommen worden.

Das Münchener Vorbild.

K.T. Aachen, 31. März. Nach Meldungen aus Duisburg ist die Stadt in der Gewalt eines anarchistischen Vollzugsrates. Die Zustände nehmen in Duisburg, Dortmund und Mülheim eine ähnliche Gestalt an, wie im Vorjahre in München. Der Rote Zentralrat in Hagen billigte die Festnahme bürgerlicher Geiseln. Es sind bereits Listen aufgestellt, auf denen die Namen der festzunehmenden Geiseln stehen.

Die Lage im Ruhrrevier und die Berliner Arbeiter.

T.U. Berlin, 30. März. Die revolutionären Betriebsräte der einzelnen Industriegruppen nahmen gestern in 12 Versammlungen Stellung zu der politischen Lage. Die nach dem Ruhrgebiet entsandte Vermittlungskommission fährt heute mittag von dort nach Berlin zurück. Bringe sie keine befriedigende Nachrichten mit und lasse die Regierung ihre Truppen wirklich gegen die dort kämpfenden Arbeiter marschieren, so müsse sofort erneut in den Generalstreik getreten werden. Die Vorbereitungen seien hierzu in den einzelnen Betrieben sofort zu treffen. Ein Redner forderte mit lebhafter Zustimmung, daß bei dem neuen Ausstand die Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke im Westen Berlins zu zerstören seien, damit jene besseren Stadtteile nicht durch die „Technische Nothilfe" von ihren Werken bedient werden können, während die Arbeiterviertel leiden müßten. Die Beschlußfassung über die zu unternehmenden Schritte soll heute abend in einer Vollversammlung der Betriebsräte in der Bötzow-Brauerei erfolgen.

Für einen neuen Generalstreik.

T.U. Berlin, 31. März. In einer Versammlung der revolutionären Betriebsräte wurde gegen Mitternacht gegen 10 Stimmen folgende Entschließung angenommen: Die Stunde des Handelns ist gekommen. Durch Verhandeln ist die Arbeiterklasse zum selbstmörderischen Abbruch des Streiks gezwungen worden. Durch weiteres Verhandeln sind unsere Genossen im Ruhrgebiet nicht mehr zu retten. Indeß weiteres Zögern gibt der Soldateska Gelegenheit, unter den Arbeitern des Ruhrgebiets ein entsetzliches Blutbad anzurichten und auf Umwegen ihr Ziel vom 13. März doch noch zu erreichen. Die Generalversammlung der Betriebsräte beschließt, daß die Arbeiter und Angestellten aller Berufe heute sofort in allen Betrieben zusammentreten, um den Generalstreik vorzubereiten. Mittags um 1 Uhr findet eine nochmalige Delegiertenversammlung statt, zu der nur Mitglieder Zutritt haben.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 30. März. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10,25 Uhr vormittags.

Es folgt die Fortsetzung der Besprechung der

Erklärung der Regierung.

Abg. Dr. Düringer (D.N.): Die Nachricht, Kapp habe sich zum Reichskanzler gemacht, hat mich zu dem Satz veranlaßt, daß die Dummheit immer die größte Todsünde sei. Die Nationalversammlung hat ihre Aufgabe gelöst bis auf die Wahlgesetze. Regierung und Parteien, die verfassungswidrig ihre Macht verlängerten, haben kein Recht, sich über den verfassungswidrigen Putsch zu entrüsten (Widerspruch bei der Mehrheit); sie haben die Mitverantwortung an dem Putsch. Vielleicht war der Regierung die Entwicklung des Putsches gar nicht unangenehm. (Andauernder Lärm bei den Mehrheitsparteien, Unruhen.)

Präsident **Fehrenbach**: Ich teile Ihre **Entrüstung**, bitte aber, den Redner fortfahren zu lassen.

Abg. Dr. **Düringer** fortfahrend: Meine Partei **hat bezüglich** des 13. März ein reines Gewissen. (Lachen bei der Mehrheit.) Die Männer, die den Putsch hinter dem Rücken der Partei angezettelt haben, haben in der Partei keine Rolle gespielt. (Ruf: „Traub!") Traub ist erst nachher dem Putsche beigetreten. (Ruf: „Kapp!") Kapp ist der Sohn eines Revolutionärs und ist erblich belastet. (Heiterkeit.) Kapp hat in seinem Königsberger Blatt die Deutsch-Nationalen stark kritisiert und hat keiner Sitzung des Hauptausschusses beigewohnt. Traub halte ich nicht für einen schlechten Menschen, aber für einen schlechten Politiker. Unsere Besprechungen im Reichsjustizministerium mit Lüttwitz und den Generalen haben zum Rücktritt Kapps geführt und damit den Putsch beendigt, ohne daß der Generalstreik nötig gewesen wäre. Wir müssen uns in verfassungsmäßiger Arbeit zusammenfinden.

Reichskanzler **Müller**: Im **Ruhrgebiet**, im **Rheinland** und in **Westfalen** ist Erregung vorhanden, weil man dort scharfe militärische Maßnahmen erwartet. In der gestrigen Kabinettssitzung wurde beschlossen, alle unnötigen Schroffheiten zu vermeiden. Die Truppen dort sind regierungstreu; sie lechzen nicht nach Arbeiterblut, wie man in Elberfeld sagte. **Es ist Blut genug geflossen.** Wo überhaupt Truppen in Bewegung gesetzt werden, gehen Zivilkommissare voraus, um aufzuklären. Nahrungsmittel werden angerollt, denn die Lage in diesen Bezirken ist fürchterlich. In Elberfeld droht man von neuem mit dem Generalstreik. Ein gemeinsames Flugblatt beider sozialistischen Parteien sucht die unverantwortlichen Raubzüge sog. Kommunisten ins rechte Licht zu setzen. Erfreulicherweise hat die **französische Regierung zugestimmt**, daß wir zwei bis drei Wochen lang eine **erhöhte Truppenzahl in das neutrale Unruhegebiet** schicken können. Damit haben wir eine größere Bewegungsfreiheit und wir hoffen, daß wir die Ruhe wieder herstellen können mit Hilfe der vernünftigen Arbeiter. Die Bedingungen des Generals Watter sind gemildert worden. Wir erhoffen eine Entspannung der Lage in wenigen Tagen.

Reichsminister Dr. **Koch**: Die demokratische Regierung ist keine Parteiregierung. Unsere Schuld wird es nicht sein, wenn die Gesetze über die Entschädigung der Auslandsdeutschen und anderer nun nicht mehr von der Nationalversammlung verabschiedet werden können. Noch schlimmer ist es, daß die Wahl nun vorgenommen werden muß, bevor die Abstimmung in den besetzten Gebieten beendigt ist. Der Putsch war glänzend vorbereitet, er scheiterte am Volke. Warum ging die Regierung aus Berlin fort? Weil es nicht Sache der Führer sein kann, sich im Augenblick der Gefahr vorne im Schützengraben gefangen nehmen zu lassen. Dieser Fortgang war Kapps Verhängnis. Die Maßnahmen der Regierung gegen die Erhebung im Westen halten die richtige Mitte zwischen Nachsicht gegenüber jenen, die nur aus Unverstand auf die Straße gehen, und der Menge jener, die die Anarchie erstreben.

Abg. **Leicht** (Bay. V.): Wir sind grundsätzliche Gegner der Revolution. Aus dem Programm der Regierung begrüße ich den Fortschritt der sozialen Gesetzgebung in der bisherigen Richtung.

Abg. **Wels** (Soz.): Der Putsch war von langer Hand vorbereitet. Kapp hatte lange mit Ludendorff verhandelt und nach Generalen gesucht, die den Mut zu Gewaltsamkeiten haben. General von Seeckt hat angeordnet, daß die Zeitfreiwilligen in Pommern bis zum 10. April zusammenbleiben sollen. Diese Zusammensetzung der Regimenter ist eine Gefahr für die Republik. Ohne Koalition gibt es in Deutschland keine Regierung. Das heutige Kabinett darf nur bis zu den Wahlen bleiben. Meine Partei stimmt dem Arbeitsprogramm der Unabhängigen in der „Freiheit" zu. Die Vereinigung der sozialdemokratischen Parteien ist vielleicht eine Frage kurzer Zeit. Eine Arbeiterregierung aus Hand- und Kopfarbeitern, die auf dem Boden der Republik stehen, ist nötig. Der Feind steht rechts.

Abg. **Behrens** (D.N.): Im Programm des Reichskanzlers sei die Landwirtschaft sehr mager weggekommen.

Abg. Dr. **Hugo** (D.V.) weist zurück, daß seine Partei von dem Putsche vorher Kenntnis gehabt habe. Auch der Kampf im Ruhrgebiet sei vorbereitet gewesen.

Reichsminister **Koch** rechtfertigt das Verhalten der Regierung gegenüber reaktionären Bestrebungen in der Studentenschaft.

Abg. **Seger** (U.S.): Die Arbeiter wollen Taten sehen; die Regierung hat bis jetzt noch nicht gezeigt, daß sie einen anderen Kurs einschlägt.

Es folgen persönliche Bemerkungen. Der Antrag **Arnstadt** (Mißtrauensvotum gegen die Regierung) wird **abgelehnt**, der Antrag **Loebe, Payer, Trimborn** (Billigung der Regierungserklärung) **wird angenommen** gegen die Stimmen der Deutsch-Nationalen und der Unabhängigen.

Nach Annahme einer Reihe Gesetzentwürfe folgt die Beratung eines Gesetzentwurfes über die

Aburteilung von hochverräterischen Unternehmungen vom März 1920.

Abg. **Schulz-Bromberg** hat gegen den materiellen Inhalt des Gesetzes nichts einzuwenden.

Abg. Dr. **Beyerle** (Bay. V.) ist derselben Meinung.

Abg. Dr. **Cohn** (U.S.) billigt den Inhalt des Gesetzes.

Der Antrag Schulz wird abgelehnt und das Gesetz in 2. und 3. Lesung angenommen.

Abg. Dr. **Haas** (Dem.) berichtet über die Ausschußverhandlungen wegen Erteilung der Genehmigung zur **Verhaftung** des Abgeordneten D. **Traub**. Der Ausschuß war der Ansicht, daß das Recht der Nationalversammlung, die Immunität der Abgeordneten auch bei politischen Delikten zu wahren, in diesem Falle nicht anzuwenden sei; eine Minderheit sei dagegen gewesen.

Abg. **Warmuth** (D.N.): **Der Beschluß des Ausschusses bedeutet** einen Druck auf die Traditionen des Hauses.

Abg. Graf **Dohna** (D.V.): **Wir legen der Verfolgung der Kappisten** kein Hindernis in den Weg.

Abg. **Geyer-Leipzig** (U.S.) bittet, **den Ausschuß-Antrag** abzulehnen.

Abg. Thiele (Soz.) stimmt **dem Ausschußantrag zu**.

Abg. **Schulz-Bromberg beantragt namentliche** Abstimmung, bei der auch der Reichskanzler und mehrere Minister mitstimmen. Einige Demokraten stimmen gegen den Ausschuß-Antrag; dieser wird mit 145 gegen 71 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen **angenommen**.

Nächste Sitzung am 14. April, nachmittags 3 Uhr (Petitionen usw.).

Die Katastrophenpolitik der Kommunisten.

Von Minister des Innern **Remmele**.

Die Preßorgane der Kommunisten und der U. S. P. hetzen seit dem Berliner Putsch in unerhörter Weise die Arbeiterschaft auf. In **Mannheim** haben in einigen Betrieben die Arbeiter im Anschluß an den Kappschen Putsch revolutionäre Betriebsräte gewählt mit dem Erfolg, daß aus diesen Betrieben sich die Angestellten, die Direktionen, die christlich organisierten und die mehrheitssozialdemokratischen Arbeiter entfernten. Man neigte eben der sehr richtigen Auffassung zu, daß unter der Verwaltung von revolutionären Betriebsräten die hier in Frage kommenden Betriebe finanziell und technisch zusammenbrechen müssen. Die Kommunisten und U. S. P.-Leute haben es an Werbungen bei den aus den Betrieben gegangenen Arbeitern nicht fehlen lassen. Nachdem diese Werbungen nicht zum Ziele führten, verlegten sich die „Revolutionäre" auf Beschimpfungen schwerster Art. Die mehrheitssozialdemokratischen Arbeiter, die christlich Organisierten und die Angestellten ließen sich aber nicht irre machen. Sie haben in seltener Einmütigkeit durch Wort und Schrift die unberechtigten Anklagen gegen ihre Ehrenhaftigkeit zurückgewiesen. Damit brach die Herrschaft der revolutionären Betriebsräte in sich zusammen.

Es wurde von diesen um Verhandlungen nachgesucht unter der ausdrücklichen Erklärung, auf die ungesetzlich gewählten Betriebsräte verzichten zu wollen. Die Unternehmerstellen nun aber Gegenbedingungen, über die auch eine Einigung in guter Aussicht stand. Nur über einen Punkt gab es keine Verständigung. Die Unternehmer forderten nämlich, es sollten eine Anzahl der Macher dieser neuesten Bewegung nicht mehr in die Betriebe zurückkehren dürfen, weil man ihnen nicht zumuten könne, mit Leuten, die sich unglaublich brutal benommen haben, die den Betriebsleitern Gewalt anzutun suchten, zusammen zu arbeiten. Der **Metallarbeiterverband** erkennt auch seinerseits an, daß das Vorgehen der kommunistisch orientierten Arbeiter verwerflich sei, und er versucht nun, mit den Unternehmern zu einer Verständigung zu kommen. Darüber sind die Rätepolitiker sehr erbost, und sie versuchen, um ihren verfahrenen Karren wieder flott zu bringen, die Bewegung über das ganze Land zu verbreiten. Mit Flugblättern, Plakaten und in Versammlungen wird die Arbeiterschaft des Landes in gemeingefährlicher Weise irre zu führen versucht. Man behauptet, es gelte, den Kampf gegen ein brutales Unternehmertum aufzunehmen.

In **Karlsruhe** veranstalteten die Kommunisten seit Tagen Straßenaufläufe, provozieren die Behörden in sehr herausfordernder Weise und lassen erkennen, daß sie ganz in Absicht mit Gewalt die öffentliche Ruhe stören wollen. Zu dieser Kampfesmethode kamen die Leute, weil die Arbeiter in den Fabriken ihre terroristischen Kampfesmethoden ablehnten. Auch in anderen Industriezentren des Landes soll in der einen oder anderen Weise die Arbeiterschaft aufgeputscht und das geregelte Leben gestört werden.

Für den aufmerksamen Beobachter dieser Vorgänge unterliegt es gar keinem Zweifel, daß die eingeleitete Unruhebewegung von langer Hand vorbereitet ist und in Verbindung steht mit den Vorgängen im Ruhrgebiet. Man will den **Abtransport von Reichswehrtruppen nach** dem Ruhrgebiet verhindern. Um die Arbeiterschaft irre zu führen, wird die Meinung verbreitet, als ob es sich bei der Reichswehr um Truppenteile handle, die der Kappschen Putschbewegung nahe stände, während andererseits von der Roten Armee behauptet wird, sie hätte nur das Bestreben, der Reaktion zu Leibe zu rücken. Es bedarf wohl nicht vieler Worte zur Begründung der Tatsache, daß die Rote Armee in Wirklichkeit eine kommunistische Unternehmung darstellt. Russisches Geld und russische Emissäre sind zum Gelingen des längst beabsichtigten Kommunistenputsches eingesetzt. Das Ministerium des Innern hat seit einigen Tagen verbürgte Nachrichten über die Konspirationen der Kommunisten; es ist auch bekannt, daß die U. S. P. an dem Unternehmen nicht unbeteiligt ist. Die vernünftigen Anhänger der U. S. P. warnen zwar vor dieser sinnlosen Putschbewegung, der andere Teil aber scheut sich nicht, mit den Kommunisten zusammen und mit dem Jahnhagel im Anhang zu revoltieren. Diese gewissenlose Hetze ist umso unverständlicher, als doch gerade die Anhänger der U. S. P. und der K. P. D. fortgesetzt an der Ernährungslage und der Teuerung scharfe Kritik üben. Wollen diese Leute etwa behaupten, daß durch diese ihre Störungen die wirtschaftlichen Verhältnisse gebessert werden können?

An die gesamte Bevölkerung, nicht zuletzt an die Arbeiterschaft, ergeht der ernste Mahnruf, sich gegen den kommunistischen Putschversuch zu organisieren. Programmgemäß soll er mit dem 30. März in die Wege geleitet werden. **Einwohnerwehren, Sicherheitspolizei und Reichswehr** müssen alle ihre Kräfte zusammenfassen, um den drohenden Gefahren mit Erfolg begegnen zu können. Das durch die Kappsche Putschbewegung in weitesten Volkskreisen wachgerufene Mißtrauen gegen die Einwohnerwehr muß endgültig verschwinden. Wer seinem Vaterland und dem Volke einen schätzbaren Dienst leisten will, der trete der Einwohnerwehr bei. Wer sich frei machen kann, sei es auch nur für die Zeit ernster Gefahr, der trete als Freiwilliger bei der Reichswehr ein. Auf das Wort kommt es nicht an. Ist das Wort Zeitfreiwilliger verpönt, dann betrachte man sich als Soldat des Volkes. Erwerbslose, organisierte Arbeiter besonders können sich um Land und Volk große Verdienste erwerben. **An dem ehernen Widerstand der geschlossenen Volksmehrheit muß der Putschversuch von links ebenso scheitern, wie der Putschversuch von rechts elend in sich zusammenbrach.**

Aus Stadt und Bezirk.

Kpr. **Bürgerausschußsitzung.**

Durlach, 1. April. Die auf gestern abend 5 Uhr anberaumte **Bürgerausschußsitzung** hatte 9 Vorlagen zu erledigen. In der letzten Bürgerausschußsitzung hatte der Bürgerausschuß seine Zustimmung dazu gegeben, daß die für das Jahr 1919 festgestellten Voranschlagssätze, Bürgergenußauflagen und Umlagen einschließlich der Nachtragsumlagen für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1920 zu ein Viertel Geltung behalten sollen.

Da jedoch die einfache Uebertragung der Voranschlagssätze des Jahres 1919 auf das 1. Vierteljahr 1920 kein richtiges Bild über die Bedürfnisse des städtischen Haushalts gibt und die Einnahmen und Ausgabeposten sich nicht so ohne weiteres automatisch übertragen lassen, wurde dem Bürgerausschuß ein Voranschlag in summarischer Weise vorgelegt.

Voraussichtliche, d. h. mutmaßliche Gesamteinnahme pro [illegible] 1 263 200 Mk., Gesamtausgabe 3 103 390 Mk., ungedeckter Aufwand 1 840 190 Mk., hiervon entfällt auf das 1. Vierteljahr ein Aufwand von 460 047 Mk. Der Betrag der sog. fundierten Schuld der Stadt beläuft sich auf 8 306 118 Mk. Auf 1. Januar 1919 betrug sie 6 792 541 Mk., hat also im Laufe eines Jahres um 1 513 [illegible] Mk. zugenommen.

Liegenschaftssteuerwerte (1920) betragen 39 140 010 Mk. ([illegible] von 100 Mk.), Betriebsvermögen 379 3600 Mk. (ebenfalls [illegible] von 100 Mk.), Kapitalvermögen 36 022 400 Mk. (6,25 Pfg. pro [illegible] Mk.), Einkommensteuersätze 704 220 Mk. (43,2 Pfg. von 1 Mk. Einkommensteuersätze unter Anwendung der staatl. Zuschläge.

Vorlage 2. Errichtung weiterer Gewerbelehrerstellen an der hiesigen Gewerbeschule. Zur Beseitigung der Ueberstunden und im Hinblick auf überfüllte Klassen hat das Gewerbeschulrektorat die Bereitstellung von zwei weiteren planmäßigen Gewerbelehrerstellen beantragt. Genehmigt.

Vorlage 3. Auswechslung der Gasleitung in der Kelter- und Herrenstraße betr. Da der Gasdruck in den in der Baslertorstraße gelegenen Häusern selbst in den Stunden täglichen Höchstabgabe von Gas so gering ist, daß Lampen und Kocher nicht benützt werden können, soll der alte Rohrstrang von nur 5 cm Weite durch einen neuen von 12,5 cm bezw. 10 cm ersetzt werden. Genehmigt.

Vorlage 4. Hundstaxe betr. Die bisherige Taxe wird von 16 Mk. auf 24 Mk. erhöht. Genehmigt.

Vorlage 5. Die städt. Wage betr. Auch hier sollen, um die Einnahmen der Stadt zu erhöhen, die bisherigen Sätze „nach oben" geändert werden. Jedenfalls wird der neue Tarif noch amtlich veröffentlicht werden. Genehmigt.

Vorlage 6. Aenderung der Lustbarkeitssteuer. Die Steuer für Lichtspieltheater, Tanzbelustigungen, Spezialitätenvorstellungen, Zirkusvorstellungen, Karussels, Schaukeln, Glücksspiele, Musikautomaten soll ebenfalls erhöht werden. Lichtspiele brachten vom Juli 1919 bis März 1920 10 552 Mk., Tanzbelustigungen [illegible]

Das Schloß der Sehnsucht. 63)

Roman von **Anny v. Panhuys.**

(Fortsetzung.)

Der Detektiv lächelte.

„Das ist wahrhaftig die schnurrigste Geschichte, die mir jemals vorgekommen."

Er blickte vor sich hin, schien über etwas nachzudenken. Dann richteten sich seine Augen wieder auf die alte Frau.

„Können Sie beschwören, die Dose niemals geöffnet zu haben?"

Die Alte faltete, während sie antwortete, unwillkürlich die Hände.

„Das kann ich, Herr, bei allen Heiligen, das kann ich!" Um ihren Mund irrte ein Zucken. „Aber ich meine, es hat's auch sonst niemand verstanden, und wenn die Dose wieder ins Schloß kommt, findet sich noch darin, was das durchlauchtigste Prinzeßchen hineingetan."

„Hoffen wir es wenigstens." Werner reichte der alten Witwe die Hand.

„Gehen Sie nun heim, Frau Weigert, wir wissen ja nun, und Seine Durchlaucht erfährt es auch in Kürze, — daß Sie am Verschwinden der Schmuckstücke schuldlos sind."

Die Alte zupfte an ihrem Brusttuch.

„Ich bin froh, daß die durchlauchtigste Prinzessin für mich zeugen kann."

Es war, als wollte sie noch etwas sagen und wagte es doch nicht.

Josef Werner ermunterte sie.

„Haben Sie noch etwas auf dem Herzen, Frau Weigert, so sprechen Sie nur ruhig."

Die Alte druckste noch ein bißchen, aber dann faßte sie Mut.

„Ich weiß nicht," sagte sie langsam und bedächtig, „Sie kommen mir jetzt so ganz anders vor als vorher bei mir unten im Dorfe. Ich meine, Sie sind gar kein Schriftsteller, wie ich vorher glaubte."

Josef Werner klopfte ihr auf die Schulter.

„Haben Sie das so rasch herausgefunden? Na also, dann will ich auch nicht mit der Wahrheit hinter dem Berge halten und Ihnen anvertrauen, daß ich wirklich keiner bin, sondern ein Mann, der nur nach Sternburg gekommen ist, um die alte Diebstahlsache aufzuklären."

„Ach Gott, ach Gott," jammerte die Alte los, „nun kriege ich also doch noch mit der Polizei zu schaffen!"

Prinzessin Ferdinande mischte sich ein.

„Keine Angst, Weigerten, der Herr Werner will nur versuchen, die Dose, auf die wir durch das Kinostück wieder aufmerksam wurden, wieder zu öffnen; die Polizei hat mit der Angelegenheit gar nichts zu tun. Doch dürfen Sie sich zu niemand über Herrn Werners Person äußern, damit sein Erfolg nicht dadurch in Gefahr gerät."

Die Alte atmete leichter.

„Ich werde mich hüten, zu jemand zu schwätzen," versicherte sie eifrig, und ging dann sichtlich beruhigt heim.

Die Prinzessin, Frau [illegible] und Werner begaben sich eilig zum Fürsten, um über das merkwürdige Ergebnis des „Experiments" zu berichten.

Seine Durchlaucht vernahm staunend, an was für einen Vorgang sich seine Tochter so plötzlich erinnerte. „Kaum glaublich, kaum glaublich," flüsterte er mehrmals, wie zu sich selbst.

Und darauf hastig und erregt zu Werner:

„Die Dose war tatsächlich nur durch einen ganz besonderen Trick zu öffnen. Meine Gattin zeigte mir einmal den Mechanismus, es war wohl in ersten Jahren unserer Ehe, aber ich brachte das Oeffnen trotz mehrfacher Versuche nicht fertig, und da ich es als Spielerei betrachtete, kümmerte ich mich nie mehr darum, ja ich vergaß allmählich ganz darauf. Ich ahnte nicht im entferntesten, daß meine Gattin das Kind darin unterwies, und bewunderte die Geschicklichkeit der Kleinen. Ich bin überzeugt," schloß er, „niemand hat seither die Dose geöffnet, und der weiche Samt, mit dem das Döschen ausgefüttert ist, hat sicher jeden kleinen Laut des Zusammenklirrens der Schmucksachen verhindert."

„Sicher," fiel die Prinzessin ein. „Und wenn es so ist, wenn es inzwischen niemandem gelang, die Dose zu öffnen, dann brauche ich mir keine Sorge mehr darüber zu machen, daß der alte, echte schöne Perlenstern [illegible] meinem Hochzeitstage wieder im Sternburg[illegible] befindet."

(Fortsetzung folgt.)

3591 Mk Musikaufführungen, Karussels 2826 Mk, Musikautomaten 303 Mk. Für Lustbarkeiten in Vereinen und dergl. kann der Gemeinderat auf Antrag eine Ermäßigung eintreten lassen. Es kann damit gerechnet werden, daß die neuen Steuersätze ein Jahreseinnahme von 80000 Mk. erbringen. Der Tarif wird später amtlich veröffentlicht, weshalb wir auf Einzelheiten nicht eingehen.

Vorlage 7. Geländeveräußerung — belanglos.

Vorlage 8. Erhöhung des Dienstgehalts der Gemeinderäte betr. Beschluß des Gemeinderats vom 17. März 1920: Das Dienstgehalt der Gemeinderäte wird mit Wirkung vom 1. April d. J. ab von 500 auf 1000 Mk erhöht.

Vorlage 9. Aenderung der Satzungen der städt. Sparkasse. § 1. Abs. 3 der Satzungen der städtischen Sparkasse erhält folgende Fassung: Die Sparkasse ist auch berechtigt, inländische Wertpapiere aller Art, sowie Zins-, Gewinnanteils- und Erneuerungsscheine in Verwahrung und Verwaltung zu übernehmen. Die für die Verwahrung und Verwaltung der Wertpapiere zu entrichtende Gebühr wird vom Verwaltungsrat festgesetzt. Genehmigt.

—* **Einführung von Dienstmarken.** Vom 1. April treten die Bestimmungen über die Portoablösung in Kraft. Von diesem Tage an müssen die Dienststellen die nach Orten des Deutschen Reichs bestimmten freizumachenden Postsendungen mit besonderen Dienstmarken bekleben. Diese Dienstmarken werden in derselben Weise wie gewöhnliche Postwertzeichen nach Maßgabe der geltenden Posttarife verwendet.

—* **Fahrplanänderung.** Vom Dienstag, 6. April, tritt in der Kursiage verschiedener Personenzüge, die vorwiegend dem Arbeiterverkehr dienen, insofern eine Aenderung ein, als sie der früher beginnenden Arbeitszeit angepaßt wird.

—* **Kriegssparkarten.** Während des Feldzugs wurden die Soldaten zu Feld-Teilzeichnungen für die Kriegsanleihe bezw. zu Sparanleihen ermuntert. Mancher Kriegsteilnehmer besitzt jetzt eine Sparkarte mit eingeklebten Marken, weil er nicht wußte, wie das Geld zurückzuerheben ist. Dieser Weg ist aufgrund der Belege sehr einfach. Der Besitzer der Sparkarte stellt bei der Girozentrale der bad. Sparkassen in Mannheim unter Einsendung der Urkunden entweder den Antrag zur Ueberweisung des Betrages auf das Sparkonto seiner Heimat-Sparkasse oder auf Zusendung des Betrages auf seine Kosten. (Der Antrag kann als „Soldatensache" portofrei abgesendet werden, wenn er zuvor beim Bürgermeisteramt abgestempelt worden ist.)

—* **Am 1. April noch keine Portoerhöhung.** Die Erhöhung der Posttarife erfolgt nicht zum 1. April, sondern ist erst für später in Aussicht genommen. Das Reichspostministerium wird die entsprechende Vorlage erst nach Ostern der Nationalversammlung zugehen lassen.

Die Aufbringung des Gemeindeaufwandes.

Um den Städten und Gemeinden weitere Einnahmequellen zu erschließen, hat der Landtag vor einigen Tagen einen Gesetzentwurf angenommen, wonach, wie in Ergänzung unserer bisherigen Mitteilungen nachgetragen sei, die Gemeinden berechtigt sind, wie in Badeorten Kurtaxen auch von den Personen, die sich in einer Gemeinde aufhalten, ohne dort einen Wohnsitz zu haben und deren Aufenthalt die Dauer von drei Monaten nicht übersteigt, Abgaben zur teilweisen Deckung der der Gemeinde für Unterbringung der Bevölkerung, deren Versorgung mit Lebensmitteln und Aufgaben ähnlicher Art entstehenden Kosten zu erheben. Ferner hat das Gesetz über die Gemeindeeinkommenbesteuerung auch für das Jahr 1920 Gültigkeit; die Gemeindeeinkommensteuer wird nach den durch die im Jahre 1918 beschlossenen Zuschläge erhöhten Einkommensteuersätzen berechnet werden. Nach dem soeben erschienenen Bericht war der Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung grundsätzlich mit dem Gesetzentwurf einverstanden, weil der stark ansteigende Geldbedarf, namentlich in den größeren Städten, es notwendig macht, nach neuen und stärker fließenden Einnahmequellen aus Beiträgen, Gebühren und Abgaben, die lange Zeit etwas vernachlässigt wurden, Umschau zu halten. In neuerer Zeit haben die Gemeinden für die Ernährung der Bevölkerung wie auch für deren Unterbringung in steigendem Maß Aufwendungen zu machen. In beiden Richtungen werden aber diese Lasten durch die ortsfremden Personen, die an dieser Fürsorge teilnehmen, zweifellos vergrößert. Es erschien daher dem Ausschuß richtig, den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, auch jene Ortsfremden, die nach den Bestimmungen der Gemeinde- und Städteordnung zu den Gemeindelasten nichts beitragen, wenigstens zur Deckung solcher Kosten beizuziehen. Die in der badischen Verfassung vorgeschriebene Anhörung der Gemeinden ist erfolgt. Der Ausschuß war aber der Meinung, daß die staatlichen Aufsichtsbehörden zu prüfen hätten, ob die entsprechenden Gemeindebeschlüsse die Ortsfremden nicht über die Gebühr zu den außerordentlichen Ausgaben heranziehen. Er hat deshalb in den Regierungsentwurf die Bestimmung eingefügt, wonach auf gleiche Weise wie in Kurorten Kurtaxe erhoben werden können. Der Ausschuß war auch damit einverstanden, daß als Gesetz über die Erhebung von Zuschlägen zur staatlichen Einkommensteuer nur jenes vom 4. September 1918 in Betracht kommen kann, da die Anwendung der späteren Gesetze über solche Zuschläge ausdrücklich ausgeschlossen ist und eine Beseitigung dieser Schranke nicht angebracht erschien. E. G.

Karfreitag.

Grau, ernst und still vergeht der Tag
Karfreitagszauber liegt auf der Natur,
Erinnerungen werden in uns wach,
Und uns umschwebt der frommen Gottheit Spur.

Wir denken an des Heilands Dulden, Sterben,
An sein gekröntes Haupt voll Spott und Hohn,
Durch seine Leiden werden Himmelserben
Die, welche beugen sich vor Gottes Thron.

Ernst geht der Weg dahin und ohne Freuden,
Nur Trauer heute unser Herz umfängt;
Doch glüht ein Leuchten bei Karfreitags Scheiden,
Ein Osterhoffen in das Herz sich senkt.

Elsa Stilgebauer.

Baden und Nachbargebiete.

** **Ostersheim, 30. März.** Hier fand eine von den vereinigten bürgerlichen Rathausparteien einberufene Versammlung statt, in der folgende Entschließung angenommen wurde: Die Bürger der Stadt Schwetzingen sind mit der Vereinigung von Ostersheim zu Schwetzingen nicht einverstanden und bitten, daß die Angelegenheit auf längere Zeit hinausgeschoben werde.

** **Offenburg, 30. März.** Von Straßburg verlautet dem „Offenburger Tageblatt" zufolge, gerüchtweise, daß dort eine große Volksmenge das Geschäft eines Franzosen geplündert habe. Der Besitzer habe in einem Streit mit einem Angestellten diesem ins Gesicht geschlagen, worauf sich dann die Menge zusammengerottet habe, um das Geschäft völlig auszuplündern.

** **Waldkirch, 30. März.** Der Hauptlehrer Kunz aus Föhrental hat sich während des Generalstreiktages von seiner Schulstelle entfernt und war nach Freiburg gegangen, um sich politisch zu betätigen. In Föhrental sagte er, er könne jetzt keine Schule halten, er habe wichtigeres zu tun. Das Unterrichtsministerium hat Kunz vorläufig seines Amtes enthoben und ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Amtsenthebung gegen ihn eingeleitet.

** **Ueberlingen, 30. März.** Die markgräfliche Schulstiftung auf Schloß Salem wird ihre Anstalt bis zur Reifeprüfung durchführen. Die Herbstversetzungen werden entsprechend der Schulordnung in Baden bis auf weiteres beibehalten. Für die jetzt gebildete Obertertia findet demnach bereits im Herbst dieses Jahres die Versetzung nach Untersekunda statt. Außer der Obertertia sind bereits die Klassen Quarta und Untertertia eingerichtet worden.

Bedrohliche Lage in Oberbaden.

T.U. **Lörrach, 31. März.** Laut zuverlässigen Meldungen besteht die Gefahr, daß die spartakistischen Unruhen sich auch auf Baden ausdehnen werden. Von einer bisher unentdeckt gebliebenen Zentrale in Mannheim sollen Agenten ganz Oberbaden heimsuchen und die Arbeiter zur Bildung revolutionärer Betriebsräte aufzuhetzen. Die Arbeiterschaft verhält sich einstweilen gegenüber diesen Versuchen passiv, hauptsächlich weil die neuen Richtlinien für die revolutionären Betriebsräte noch fehlen. Von den badischen Bezirksämtern wurden im Laufe des Sonntags sämtliche großen Industrieverbände telegraphisch von den Bestrebungen der spartakistischen Agitatoren in Kenntnis gesetzt. Die Lage wird für sehr kritisch betrachtet. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Ultimatum der neuen Berliner Regierung an die Rote Armee im Ruhrgebiet auf die revolutionäre Bewegung in Oberbaden nicht ohne Einfluß bleiben wird. Es zirkulieren hier Gerüchte über einen Generalstreik.

Die Errichtung von Zollstellen an der badisch-französischen Grenze.

Wie bereits gemeldet, sind seit Montag mittag die Zollbeamten im Brückenkopfgebiet Kehl nicht mehr längs der Grenze des besetzten Gebietes, sondern in Kehl selbst tätig. Die Verlegung dieser Tätigkeit an die tatsächliche Landesgrenze ist deshalb erst jetzt erfolgt, weil zuvor die Einreiseerlaubnis für die Zollbeamten in das besetzte Gebiet einzuholen war, die erst jetzt erteilt wurde. Von Montag ab befindet sich in Kehl an der Rheinbrücke ein Zollamt für die Abfertigung des Landstraßenverkehrs über die Brücke und am Personenbahnhof eine Zollstelle für die Abfertigung der Reisenden und ihres Gepäcks. Der Weg von der Landesgrenze bis zum Zollamt und die Eisenbahnlinie Straßburg-Kehl gelten als Zollstraßen im Sinne des Vereinszollgesetzes. Je nach der Entwicklung des Grenz- und Zollverkehrs wird das Zollamt Kehl später in ein Hauptzollamt erweitert werden. Vielleicht wird in Breisach noch ein Hauptzollamt errichtet. Im übrigen wird man sich vorerst, so lange sich der Geschäftsumfang noch nicht genau übersehen läßt, mit der Errichtung von Zollämtern begnügen. Für solche kommen Plittersdorf, Wintersdorf, Greffern, Kappel und Neuburg in Betracht.

Badische Politik.

Landesausschußsitzung der Deutschen Demokratischen Partei Badens.

Der Landesausschuß der Deutschen Demokratischen Partei Badens war am Montag nachmittag in Karlsruhe zu einer Sitzung versammelt. Sie war aus allen Landesteilen zahlreich besucht. Zunächst wurde beschlossen, die ordentliche Landesversammlung am 24. und 25. April in Baden-Baden abzuhalten. Dann berichtete der Parteivorsitzende, Minister Hummel, über die politische Lage. Er gab einen Ueberblick über die Geschehnisse seit dem Kapp-Putsche in Berlin und legte die für das freiheitlich gesinnte Bürgertum sich hieraus ergebenden Lehren dar. Gegenüber den Umsturzbestrebungen der äußersten Rechten, die naturnotwendig solche der äußersten Linken nach sich gezogen haben, gilt es, sich entschlossen auf den Boden der Republik zu stellen und an der bisherigen Zusammenarbeit mit der Mehrheitssozialdemokratie und dem Zentrum festzuhalten. Das sei der einzige Weg, einer Katastrophe zu entgehen und dem Bürgertum den ihm gebührenden Einfluß im Staate zu gewährleisten.

Abg. Grh. Hofrat Dr. v. Schulze-Gävernitz machte Mitteilungen über die Stellung der Reichstagsfraktion zur Neubildung des Reichskabinetts.

Die angeregte Aussprache ergab die einmütige Zustimmung der Versammlung mit den vom Parteivorsitzenden gegebenen Richtlinien. U. a. legte Grh. Rat Rebmann überzeugend dar, daß unter den heutigen Verhältnissen nur die Republik den Staatszweck erfüllen könne und daß die Arbeit an ihrer inneren Festigung nationale Arbeit im besten Sinne des Wortes bedeute. Die Versammlung, die von Stadtrat Wilhelm Frey geleitet wurde, war getragen von dem Bewußtsein des Ernstes der politischen Lage. Den kommenden Reichstagswahlen sieht die Partei im Vertrauen auf die Kraft des Gedankens der nationalen und sozialen Demokratie und überzeugt von der Richtigkeit der von ihr vertretenen Politik mit Zuversicht entgegen.

Kleine politische Nachrichten.

Die Wahlen im Freistaat Danzig. Der Völkerbund hat genehmigt, daß die Freistaatwahlen zur verfassunggebenden Versammlung für den Freistaat Danzig am Sonntag den 16. Mai stattfinden. Oberbürgermeister Sahm wurde zum Wahlkommissar bestellt. Der Völkerbund wird sich noch mit der Wahlordnung beschäftigen.

Deutsches Ersuchen an die Alliierten? Die deutsche Regierung hat, wie Reuter erfahren haben will, an die Alliierten abermals das Ersuchen gestellt, neue Truppen nach dem Ruhrrevier schicken zu dürfen.

Der Exzeß im Adlonhotel. In der Angelegenheit des bekannten Exzesses im Hotel Adlon ist jetzt die Anklage erhoben worden. Sie richtet sich gegen den Prinzen Joachim Albrecht wegen versuchter Nötigung und nicht wegen Körperverletzung, sowie gegen den Rittmeister v. Platen und den Prinzen Hohenlohe-Langenburg, die sich beide wegen Körperverletzung zu verantworten haben. Ein bestimmter Termin zur Hauptverhandlung vor der Strafkammer ist noch nicht angesetzt worden. Es ist wahrscheinlich, daß er nicht mehr vor Ostern stattfinden wird.

Polen zu Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland bereit. Der deutsch-polnische Pressedienst meldet: Nach einer amtlichen Mitteilung aus Warschau benachrichtigte die polnische Regierung in einer Note Tschitscherin, sie sei unter den vorgeschlagenen Bedingungen zu Verhandlungen mit den russischen Bevollmächtigten zum 15. April bereit.

Kämpfe im Osten. Wie das Rautsche Pressebüro meldet, haben die polnischen Truppen am 16. 3. auf der Linie Dünaburg—Wilna mit überlegenen Streitkräften die Litauer angegriffen und zurückgedrängt. Erbitterte Kämpfe auf der ganzen Front.

Ostern und Ostereier.

Das Osterfest mit seinen mannigfachen Sitten und Gebräuchen, und namentlich was seinen Namen anbetrifft, ist ein rein altdeutsches Fest, denn es ist nachweislich aus der altgermanischen Feier der Frühlings-Tag- und Nachtgleiche hervorgegangen, die in den Tagen des heutigen Aprilmondes zu Ehren der Ostara, jener urdeutschen „Gottheit des strahlenden Morgens, des aufsteigenden Lichtes" festlich begangen wurde. Als nämlich an Stelle des germanischen Heidentums das weltumgestaltende Christentum trat, wollte man den bekehrten Glaubensgenossen, die mit großer Zähigkeit an den lieb gewordenen Volksfesten hingen, diese nicht gänzlich rauben, sondern die Priester kleideten auch diese zu dem bunten Naturleben in naher Beziehung stehende Feierlichkeit durch Unterlegung einer biblisch-religiösen Bedeutung in ein christliches Gewand. Nur eine namentliche Erinnerung blieb den christlich gewordenen Neulingen an die hohe Himmelsgestalt Ostara, indem man die eingelegte Gedächtnisfeier der Heilandsauferstehung „Ostern" nannte. In Wirklichkeit ist Ostern das älteste der drei christlichen Hauptfeste. Kein anderes Fest wurde von den ersten Christen so feierlich und hoch begangen als das Osterfest, und bis ins 11. Jahrhundert hinein erstreckt sich seine Dauer auf acht Tage, gleich der Dauer des mosaischen Passahfestes.

Um nun zu verhüten, daß das Osterfest mit dem Passah der Juden, welches stets am 15. Nisan, dem Vollmondstage, gefeiert wurde, zusammenfalle, wurde auf der ersten allgemeinen Kirchensynode im Jahre 326 zu Nizäa bestimmt, daß das Oster- oder Auferstehungsfest immer in der ganzen Christenheit an dem Sonntage, welcher unmittelbar auf den Frühlingsvollmond folgt, wenn aber dieser Vollmnod auf einen Sonntag fiele, am nächstfolgengen Sonntage, also acht Tage später, gefeiert werden solle. So ist es noch, und das Osterfest kann deshalb nie vor dem 22. März und nie nach dem 25. April fallen. Selbstverständlich waren diese Entscheidungen von großer Wichtigkeit, weil alle anderen „beweglichen Feste" von dem Termin der Auferstehungsfeier abhängig gemacht wurden. Uebrigens geschah es trotzdem, daß das christliche Ostern mit dem jüdischen Passah auf einen Tag fiel, von 360 bis 500 nach Christi nicht weniger als 13mal, und nach Einführung des Gregorianischen Kalenders deckten sich beide Feste im Termine ihrer Feier in den Jahren 1803, 1825, sowie auch 1828. In den Jahren 1923, 1927, 1981 usw. wird derselbe Fall wieder eintreten. Sehr selten nur trifft es sich, daß Ostern auf das früheste und späteste Datum, auf welches es fallen kann, fällt. Einmal haben es viele von uns erlebt, daß Ostern auf den 28. April gefallen ist, im Jahre 1886 nämlich. Das gleiche ereignete sich im Jahre 1734 und vorher im Jahre 1666. Erst im Jahre 1943 und dann im Jahre 2038 wird das wieder eintreten. Auf das früheste Datum fiel Ostern in den Jahren 1598, 1693, 1761 und 1818, und das wird erst wieder im Jahre 2285 der Fall sein.

Die liebgewordene Sitte, sich zu Ostern mit Eiern zu beschenken, ist schon sehr alt. Lange vor Einführung des Christentums in Deutschland wurden der von den Germanen als Frühlingsgöttin verehrten Ostara die ersten Eier als Erstlingsgabe des Lenzes zum Opfer gebracht. Dieser Göttin zu Ehren loderten auf den Bergen mächtige Osterfeuer, wie sie noch heute in einigen Gegenden in der Osternacht entzündet werden. Allgemeinen und noch jetzt verbreiteter als das Osterfeuer ist die Sitte der Ostereier, die in den letzten Jahren zu einem wahren Luxus ausartet.

Man begnügt sich längst nicht mehr mit den natürlichen Erzeugnissen, die weniger geschmackvolle als bunte Farben und Verzierungen aufweisen, Kinder und Erwachsene zu überraschen. Auch die schon seit Jahrzehnten bekannten Zucker- und Schokolade-Eier tun es nicht allein, das mannigfaltigste Material muß herhalten, um freilich ganz reizende Ostergeschenke in Eiform erstehen zu lassen.

Eine besondere Rolle spielen die Ostereier, worauf zum Schluß noch hingewiesen sei, beim russischen Osterfeste. Man beschenkt sich damit gegenseitig, ißt sie auch fleißig und stellt mit ihnen verschiedene Spiele an. Der Verbrauch von Eiern soll sich in St. Petersburg für den Osterverbrauch allein auf mehr als zehn Millionen Stück belaufen. Da es Sitte ist, am Ostertage jedem Bekannten zum Gruße ein Ei in die Hand zu drücken, verbraucht mancher bis zu 200 Eiern an einem Tage, doch werden zum Zwecke des Verschenkens sehr viele künstliche Eier aus Zucker, Wachs oder Glas angefertigt. Auch verwenden die Russen großen Fleiß auf die Ausschmückung der Ostereier und entwickeln dabei eine große Fertigkeit. In der Regel verzieren sie die rotgefärbten Eier mit vielen weißen Schattierungen und verschiedenen Mustern und schreiben darauf: „Kristos woskrees" (Christ ist erstanden)!

Otto Landsmann.

Drahtnachrichten.

Paris, 3. März. Havas verbreitet die Nachricht der „Daily Mail" aus Amsterdam, daß die alliierten Regierungen die letzte Note Hollands über den Aufenthalt des früheren Kaisers Wilhelm angenommen haben. Holland übernimmt die Verantwortung, um zu verhindern, daß Kaiser Wilhelm eine Bedrohung für die Sicherheit Europas werde. Als Aufenthaltsort werde dem Kaiser der von ihm erworbene Besitz in Doorn gestattet.

Leipzig, 31. März. Geheimrat Hans Heinrich Reclam, der bekannte Verlagsbuchhändler, ist gestern hier im Alter von 79 Jahren gestorben. Er hat mit seinem Vater Philipp Reclam die Universal-Bibliothek gegründet.

Des Karfreitags wegen erscheint die nächste Nummer des „Tageblattes" am Samstag, den 3. April.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Der Metzgereibetrieb des Gustav Klenert in Aue wurde unterm Heutigen wegen Vergehens gegen die Verordnung, „die Regelung der Fleischversorgung betr.“, geschlossen.

Durlach, den 27. März 1920.

Badisches Bezirksamt.

Durlach. Handelsregistereinträge: Andreas Rausch, Langensteinbach. Einzelkaufmann: Andreas Rausch, Kaufmann, Langensteinbach. Angegebener Geschäftszweig: Gemischtes Warengeschäft.

Zu Friedrich Dörrmann, Söllingen ist eingetragen: Der Ort der Niederlassung ist von Söllingen nach Karlsruhe-Rüppurr verlegt.

Amtsgericht

Auslosung von Schuldverschreibungen.

Bei der am 20. März ds. Js. stattgehabten Auslosung der auf 1. November ds. Js zur Heimzahlung gelangenden Schuldverschreibungen des Anlehens der Stadt Durlach vom Jahre 1906 wurden gezogen:

Lit. A 16 zu 5000 ℳ
Lit. B 45, 113, 189, 296, 361 zu je 2000 ℳ
Lit. C 44, 186, 212, 261, 283, 325, 393, 415 zu je 1000 ℳ
Lit. D 36, 133, 152, 231, 379, 403, 511, 579 zu je 500 ℳ
Lit. E 44, 66 zu je 200 ℳ

Die Inhaber der Schuldverschreibungen werden hiervon mit dem Anfügen in Kenntnis gesetzt, daß mit dem 31. Oktober ds Js. die Verzinsung der gezogenen Stücke aufhört, deren Einlösung kann bei der Stadtkasse Durlach, bei der preußischen Centralgenossenschaftskasse in Berlin und beim Bankhaus Delbrück, Schickler und Co. in Berlin erfolgen.

Von den früher zur Heimzahlung ausgelosten Schuldverschreibungen wurden bis heute noch nicht eingelöst:

Lit. C 164, 414, 581.
Lit. D 172, 253, 318, 321, 345, 388, 434, 576.
Lit. E 11, 54, 84.

Durlach, den 30. März 1920.

Der Gemeinderat:

Lebensmittelversorgung.

Die neuen Lebensmittelausweise gelangen in der 1. Hälfte des Monats April zur Ausgabe. Bis dahin behalten die derzeitigen Ausweise ihre Gültigkeit.

Durlach, den 1. April 1920.

Kommunalverband Durlach-Stadt

Pferdefleisch-Ausgabe.

Am Samstag, den 3. April d. J. vormittags von 9—12 Uhr erfolgt eine Ausgabe von Pferdefleisch und zwar bei Pferdemetzger Albert Enghofer, Amalienstraße 23 an die Familien mit den Ausweisnummern 1187 bis mit 1263.

Auf den Kopf der Bezugsberechtigten kommen 250 Gramm Fleisch oder Wurst zur Ausgabe.

Zur Empfangnahme sind dem Metzger die Ausweise zwecks Lostrennung der Marken vorzulegen.

Durlach, den 1. April 1920.

Kommunalverband Durlach-Stadt.

Stammholz-Versteigerung.

Die Gemeinde Auerbach versteigert am

Dienstag, den 6. April 1920,

vormittags 9 Uhr beginnend,

aus ihrem Gemeindewald:

31 Eichen 2. bis 5. Klasse, 21 Forlen-Abschnitte 1. bis 3. Klasse, 6 Fichtenstämme 5 und 6. Klasse, 5 Hopfenstangen, 5 Hagstangen und 4 Ster eichenes Nutzholz.

Zusammenkunft bei der Wirtschaft zum Hirsch.

Auerbach, den 29. März 1920.

Der Gemeinderat:
Bodemer, Bürgermeister.

Privat-Anzeigen.

Drahtgeflecht

für Zäune, Hühnerhöfe, Hasenställe, sowie

Spanndraht, Stacheldraht usw.

empfiehlt preiswert

K. Leussler, Durlach

Lammstraße 23/25 — Telephon 408.

Musiklehrer Otto Felber

Unterricht in Violine

für Anfänger und Vorgeschrittene bis zur vollen Ausbildung.

Anmeldungen jederzeit im Musikaliengeschäft Durlach, Hauptstr. 51.

Stick- u. Häckelgarne

Perlgarne, Kunstseide

in allen Farben und großer Auswahl

F. Rollmann,

Modewaren,

Aue, Kaiserstraße 99.

Photograph. Atelier und Vergrößerungsanstalt

Degenhard

Durlach Hotel Karlsburg

empfiehlt sich bei mäßigen Preisen in bekannt bester Ausführung.

Infolge gesetzlicher Sonntagsruhe ist mein Atelier Sonn- und Feiertags nur noch von 11—4 Uhr geöffnet.

Stoffe

für

Blusen
Kleider
Unter-Röcke
Schürzen
Hemden
Knaben-Hosen
Schürzenleinen

Näbfaden

empfiehlt

G Raquot

Jägerstraße 10.

Frische

Land-Eier

empfiehlt

Otto Schenck

Hauptstr 84 Tel. 315.

Erdbeerpflanzen und amerikanische Weinreben

sind zu haben

Andr. Selter

Samenhandlung Aue.

Schönes dunkelblaues

Mantelkleid

ist billig zu verkaufen bei Kuhn, Betriebswerkstätte.

---

50 Ztr gutes Wiesenheu zu verkaufen bei Frau Bartholomä, Weingarten, Jöhlingerst.

Einige Zentner **Dickrüben** sind zu verkaufen Jägerstraße 14.

Milchschweine

sind abzugeben bei A Sauder, Pfinzstr. 72.

Mädchen

unter 16 Jahren für leichte Arbeit gesucht

Robert v. d. Burg

Grötzingerstr 71.

Sehr guterhaltenes

Damenfahrrad

billig zu verkaufen Ettlingerstr. 49 II

---

2 Hüte

für Mädchen von 2—6 Jahren billig zu verk. Grötzingerstr. 34, 3. St.

---

2 Paar

Herrenschnürstiefel

Größe 43, zu verkaufen Lammstraße 35, 2. St.

---

2 schöne eiserne

Bettstellen

zu verkaufen Weingarterstr. 3.

Einz. Dame sucht junge ehrl. **Mädchen** zur Mithilfe i. Haus u. Garten. Kann angelernt werden.

Frl. Hormuth, Grötzingen, Steigstr. 1

Laufmädchen oder Mädchen

für einige Stunden am Tage sofort gesucht

A. Geiger, Hauptstr. 30.

Volksbank Durlach.

Eingetr Genossenschaft m beschränkt Haftpflicht

In der Generalversammlung wurde beschlossen, für 1919

6 % Dividende

zu verteilen, welche gegen Vorzeigen der Mitgliederbücher mit vollen Geschäftsanteilen in Empfang genommen werden können.

Dividenden, die nicht zur Abhebung gelangen, werden stillschweigend gutgeschrieben mit Zinsgenuß ab 1. Januar 1920.

Die Mitgliederbücher mit den nicht vollen Geschäftsanteilen wollen zwecks Gutschrift der Dividende vorgelegt werden.

Der Vorstand.

Unsere Kasse bleibt am Ostersamstag

geschlossen.

Südd. Disconto-Gesellschaft A.-G.

— Depositenkasse Durlach. —

Ostergeschenke

Praktische Carbidlampen

ferner

preiswerte Gasherde und Kaffeeröster

sind zu haben bei

Blechnermeister Fritz Schmidt

Adlerstraße 3 (Telephon 258).

Wer Lampen kauft, erhält auch Carbid

Kaufmännischer Verein

E. V.

Durlach.

Unseren werten Mitgliedern zur Kenntnis, daß die

Bücher-Ausgabe

vom 1. April ds. Js. ab jeweils **Donnerstags abends von 6¼—6¾ Uhr** stattfindet.

Der Vorstand.

Zeltstoff-Verkauf.

Ca. 24 qm Zeltstoff von Hanf zu verkaufen Frau Urban, Berghausen (Bahnhof)

---

2 Wolfshunde

(Rattenfänger), 3 Woch. alt, zu verkaufen Aue, Waldhornstr. 44.

Wir kaufen

laufend gebrauchte Kisten

Sabolgesellschaft m. b. H. Durlach.

Ein Zicklein

zu verkaufen Weingarterstr. 3.

Selbstgem. Kleider

erfreuen, wenn wohlgelungen, und sie gelingen stets mit Favorit-Schnitten. Favorit-Moden-Album (Preis ℳ 2.—) bei

H. Holtermann

Hauptstr. 50.

Hühneraugen

Hornhaut, Ballen u. Warzen beseitigt man schnell sicher und schmerzlos mit **Kukirol.** In vielen Fällen glänzend bewährt. Preis ℳ 2.—

Allein echt

Adler-Drogerie.

Demokratischer Verein Durlach.

Verhältnissehalber findet die heutige Zusammenkunft nicht statt.

Der Vorstand

Turnerbund

Durlach E. V.

Am Ostermontag findet eine

Halbtages-Turnfahrt

für Turner und Zöglinge statt. Zahlreiche Beteiligung ist erwünscht. Abmarsch pünktl. 6½ Uhr morg. ab Schloßgarteneingang. Mundvorrat mitnehmen.

Der Turnrat

Gesellschaft Fidelitas Durlach.

Ostermontag, nachmittags von 4 Uhr ab **Tanzunterhaltung** in der Karlsburg.

Der Vorstand.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“

(Ortsgruppe Durlach).

Diejenig. Mitglieder, welche gesonnen sind, über Ostern eine **zweitägige Tour** mitzumachen, werden gebeten, heute (Donnerstag) abd. um 8 Uhr im Lokal zu erscheinen zwecks näh. Besprechung.

Der Obmann.

Wer macht's?

Ostermontag, 5 April, 4 Uhr nachm.

Familienunterhaltung

mit Tanz auf dem „Schlößle“, wozu unsere werten Mitglieder, diejenigen der Lyra, sowie Angehörige, Freunde u. Gönner freundlichst einladet.

Der wo's macht.

NB. Bei günstiger Witterung am Karfreitag **Ausflug** nach Stupferich. Treffpunkt ½3 Uhr Schloßgarten.

Möbl. Zimmer

sofort gesucht. Angebote unt. Nr. 397 a. d. Verl.

Haus-Verkauf.

Zweistöckiges Wohnhaus und Mansarden-Wohnung mit einstöckig., noch neuem Hinterhaus, ebenfalls m Mansarden-Wohnung und schöner heller Werkstätte ist zu verkaufen. Näheres im Verlag dieses Blattes.

Ein kleineres

Wohnhaus

zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr 394 an den Verlag d. Bl.

Ein kräftiger Junge

achtbarer Eltern, der das **Schlosserhandwerk** gründlich erlernen will, findet sofort Lehrstelle bei K. Herr, Schlossermstr.

„Nissin“

geg. **Kopfläuse**

Nichts anderes nehmen! Zu haben

Einhorn-Apotheke.

Häute — Felle Därme.

Ankauf aller Arten Häute und Felle von Groß- und Kleinvieh zu höchsten Tagespreisen.

Verkauf von allen Sorten Därme bei

H Hecht Friedrichstr. 4

Ein Wurf

junge Schweine

zu verkaufen

Kunz z. Traube.

Blauer neuer

Anzug

für 400 ℳ zu verkaufen Friedrichstr 7 II.

Ein Reißbrett

zu verkaufen Zu erfr. im Verlag dieses Blattes.

Wo kann ein braves Mädchen **Logis u. Kost** erhalten, womöglich mit Familienanschluß Zu erfragen im Verlag.

Todes-Anzeige.

Verwandten und Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau

Luise Dill

geb. Heimberger

heute früh 4 Uhr nach kurzem schwerem Leiden sanft entschlafen ist.

Durlach, den 31. März 1920.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Karl Dill.

Beerdigung: Freitag mittag 12 Uhr.

Religiöser Vortrag

Karfreitag, den 2. April, abends 8 Uhr, im kl. Saale der **Festhalle Durlach.**

Thema: Der Geisteskampf Christi um die Wahrheit — sein Leiden und Sterben auf Golgatha — der Segen seiner Ueberwindung für die Gottesgemeinde!

Redner: Evangelist H Rund aus Karlsruhe.

Eintritt frei! Gesangbücher mitbringen!

Jedermann herzlich willkommen!

Zur Beachtung

Schuhwaren

sind wieder eingetroffen.

Infolge günstigen Einkaufs bin ich in der Lage, meine werte Kundschaft mit sehr preiswerter Ware zu bedienen.

Empfehle besonders

Damen- und Kinderstiefel

letztere auch in weiß u. braun.

Ferner:

Fussballstiefel

Maßarbeit, Ia. Rindleder

Ledersandalen, Turn- und Hausschuhe.

Schuhnestel und Creme, Gummi-Absätze und Einlegesohlen jeder Art und Qualität.

Sämtliche vorkommend. Reparaturen und Neuanfertigungen nach Maß in denkbar bester Ausführung bei Garantie für guten Sitz.

Hochachtend

Fritz Stöhr

Schuhwaren — Maßgeschäft

Mühlstrasse 2.

Beachten Sie bitte meine Fenster.

Grundstücks-Verkauf.

1. 4,5 Ar Garten, angelegt und eingefriedigt an kanalisierter Straße, zum sofortigen Antritt,
2. 23,34 Ar Acker mit zahlreichen tragbaren Obstbäumen und Feldscheuer (früher Leimsiederei)

aus freier Hand zu verkaufen. Näheres durch Waisenrat Laier hier, Werderstraße 14.

Evangelischer Gottesdienst.

Karfreitag, den 2 April 1920.

In Durlach:

Vorm. ½9 Uhr: Frühgottesdienst: Herr Missionar Billmann.

Vorm. ½10 Uhr: Hauptgottesdienst. — Unter Mitwirkung des Kirchengesangvereins. — Abendmahl und Vorbereitung: Herr Stadtvikar Barthlott.

Nachm. 2 Uhr: Herr Stadtpfarrer Wolfhard.

In Aue: Vorm. ½10 Uhr: Gottesdienst und Abendmahl: Herr Stadtvikar Nieder.

Nachm. 5 Uhr: Derselbe.

In Wolfartsweier: Vorm. ½10 Uhr: Gottesdienst und Abendmahl (Vorbereitung um 9 Uhr) Herr Stadtpfarrer Wolfhard.

In allen Gottesdiensten am Karfreitag Erhebung einer Kollekte für den Melanchthonverein.

Friedenskapelle — Evang. Gemeinschaft.

In Durlach: Karfreitag 9½ Uhr: Predigt, Pred. H. Pfäfflin. Ostersonntag 9½ Uhr: Predigt, Pred. H. Pfäfflin. 11 Uhr: Sonntagsschule.

Immanuelskapelle Wolfartsweier: Karfreitag 1½ Uhr: Predigt, Pred. U. Pleßmann. Ostersonntag 2½ Uhr: Predigt, Pred. H. Pfäfflin.

In Aue, Kaiserstraße 32, Hinterhaus: Karfreitag abend 8 Uhr: Predigt, Pred. H. Pfäfflin. Ostersonntag abend 8 Uhr: Predigt, Pred. H. Pfäfflin.

Neuapostolische Gemeinde (Rappenstraße 9.)

Karfreitag	vormittag	½10	Uhr:	Gottesdienst
Ostersonntag	„	½10	„	
„	nachmittag	3	„	
Mittwoch	abend	8	„	